

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Verlagsamt: Tagesblatt Riesa,
Grunz Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Sanitätsamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1580
Circulaf Nr. 52.

Nr. 126.

Donnerstag, 3. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebelags sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tagelanger Satz 50% Zuschlag. Jede Zeile. Gewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag versandt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hillemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Der Abrüstungskonflikt.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Da noch ehe das Parlament sich mit dem vorläufigen Ergebnis der Abrüstungskonferenz beschäftigt hat und die Parteien der deutschen Vertreter, Graf Bernstorff, befragen konnten, haben sich in Genf bei den Arbeiten der Untersuchungskommission Sachverständigen schwerwiegendster Art ergeben. Zwischen Paris und London waren nach dem letzten Verhandlungsbeschluss der Abrüstungskonferenz, über den Amerika sich unzweifelhaft ausgesprochen hatte, die Erörterungen zwischen Paris und London dahin gegangen, eine Einigung über die Frage zu erzielen, ob man die Friedensstärke des Heeres oder die zu mobilisierenden Truppen dem Abrüstungsgebunden zugrunde legen sollte. Die Einigung zwischen den beiden Ländern blieb aus. Dafür schien sich anfänglich ein Kompromiß zwischen der englischen und der amerikanischen Regierung herauszubilden zu wollen, dem sich in einzelnen Teilen auch Deutschland hätte anschließen können.

In der Genfer Unterkommission haben die militärischen Sachverständigen seit acht Tagen über den Begriff der "Friedensbedingungen" debattiert, ohne der Einigung auch nur einen Schritt näher gekommen zu sein. Die französischen Vertreter behaupten darauf, daß die Reservemanschaften außerhalb der gestellten Frage ständen und wurden hierbei unterstützt von dem japanischen und italienischen Vertreter. Der entgegengelegte Standpunkt vertraten Amerika und Deutschland, während merkwürdigerweise England sich in keiner Weise feilschte und sein Vertreter die Vermittlung zwischen den beiden Gruppen anbot. Diese unklare Haltung hat keine gute Wirkung bei den anderen Sachverständigen hervorgerufen. Man sieht auch hier, daß eine so wichtige Frage wie die der Abrüstung dazu mißbraucht werden soll, aus den Verhandlungen politisch Kapital zu schlagen. Bei so generalistischer Auffassung über die grundlegenden Fragen der Abrüstung kommt es nach deutscher Auffassung gerade darauf an, daß jedes Land einen festumrissenen Standpunkt annimmt und ihn nach außen hin auch mit Energie vertritt. In gutunterrichteten diplomatischen Kreisen verläutet, daß die amerikanischen Sachverständigen im Falle fortgesetzter Sabotage der Abrüstungsarbeiten das Feld zu räumen und nach Washington zurückzuführen gedenken. Eine solche Drohung dürfte auf die Vertreter Frankreichs und Englands nicht ohne Wirkung bleiben, da man seit Jahren bemüht ist, Amerika inmitten der Völkerbundorganisation zu sehen und es zu zwingen, sich unmittelbar am Wiederaufbau Europas und der Welt zu beteiligen. Wiederholt haben die offiziellen Stimmen in Washington Erklärungen derart abgegeben, daß man den Völkerbund in jachtlicher Arbeit nicht ernst nehmen könne, und daß eine grundlegende Änderung vorgenommen werden müsse, ehe Amerika daran denken könne, sich der Organisation anzuschließen. Die Westmächte werden um so dringlicher den Wunsch haben, ein Visas in der Abrüstung zu vermeiden, als sie finanziell in größerer oder kleinerer Abhängigkeit von Amerika stehen und ihnen Druckmittel bei den Finanzen noch nie sehr gut bekommen sind.

Ersichtlich ist als einig gutes Symptom der jetzigen Genfer Tagung das deutsch-amerikanische Zusammengehen. Es ist in den politischen Kreisen sehr bedauert worden, daß in letzter Zeit ein gewisser Konfliktstoff zwischen Deutschland und Amerika sich häufte und daß dies dahin gute Verhältnisse zu trüben begann. Es ist wohl möglich, daß die Genfer Arbeiten jetzt dazu beitragen, das politische Verhältnis der beiden Länder wieder in gesündere Bahnen zu lenken. Die deutschen militärischen Sachverständigen haben vom Kabinett nach der Berichterstattung des Grafen Bernstorff neue Instruktionen bekommen. Danach werden sie darauf bestehen, daß eine Vertagung der Behandlung derjenigen Fragen, die einzelnen Staaten unangenehm und peinlich sind, nicht erfolgt, und daß in erster Linie die Grundprobleme der Abrüstung erörtert werden, ehe man sich über Einzelfragen streitet. Die Dauer der Unterkommissionsarbeiten wird so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß vorläufig eine Haupttagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz nicht einberufen werden wird. Die Mission des Grafen Bernstorff ist demnach vorläufig als erfüllt anzusehen. Wahrscheinlich wird er aber auch weiterhin Deutschland in Genf vertreten.

Reinigungsarbeiten im Militärkreis der Abrüstungskommission.

Genf. (Frankfurt.) Der gestrige Tag brachte im militärischen Ausschuss der Abrüstungskommission die Entscheidung über die Frage, ob die Reservemanschaften unter dem Begriff der Friedensbedingungen fallen sollen, an denen allein nach dem Beschluss des Völkerbundes die spätere Abrüstung durchgeführt werden soll. Diese Frage, die in den letzten Tagen im militärischen Ausschuss unter häufiger Beteiligung der deutschen Sachverständigen den Gegenstand grundsätzlicher Erörterungen bildete, ist gestern ohne nennenswerte Abstimmung mit einfacher Mehrheit im Sinne Frankreichs und gegen Deutschland dahin entschieden worden, daß die Reservemanschaften nicht unter den Begriff der Friedensbedingungen fallen, also von der späteren Abrüstung nicht betroffen werden sollen. Dagegen sollen nach einem weiteren Beschluss die Mannschaften der Polizei und Gendarmerie, die Zollbeamten und Förster soweit sie für den Kriegsdienst herangezogen werden können und schließlich die privaten Verbände, die im Gebrauch der Waffen ausgebildet, gegen die Auffassung der deutschen Sachverständigen unter dem Begriff der Friedensbedingungen fallen, und also bei der späteren Abrüstung berücksichtigt werden. Die erste Tagesarbeit wurde

mit 9 gegen 4 Stimmen gegen Deutschland entschieden, dessen Meinung sich einige Neutralen anschlossen. In der zweiten, betr. die privaten Verbände, blieb Deutschland allein.

Empfang deutscher Parlamentarier bei Briand.

Paris. Ministerpräsident Briand empfing gestern vormittag eine Abordnung deutscher und französischer Parlamentarier. Seit Sonntag befindet sich eine Delegation deutscher Reichstagsabgeordneter in Paris, um Fühlung mit den französischen Parlamentariern zu nehmen. Diese Delegation setzt sich zusammen aus den Reichstagsabgeordneten Dr. Mittelmann (D. V. V.), Dr. Paas (Dem. V.), Drewitz (Wirtsch. V.), Rauch (Bayer. V. V.), Wiffel (Soz.) und Baepfow (Soz.).

Gesetzgebungsfragen zum Aufwertungsproblem.

Berlin. (Frankfurt.) Die juristische Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen hat einstimmig eine Entschließung gefasst, in der erklärt wird, daß an dem Grundgesetz des Aufwertungsartikels vom 16. Juli 1925 nicht geändert werden dürfe, solange keine völlige Erörterung unseres ohnehin schwerwiegenden Wirtschaftslebens eingetreten. Einzelheiten des Gesetzes können nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung beschlossen werden, da nur so alle Kräfte für und wider geltend gemacht und berücksichtigt werden könnten. Ein Volksentscheid, bei dem nur ein fertiger Entwurf angenommen oder abgelehnt werden könne, sei nicht zur Herbeiführung solcher Änderungen geeignet.

Ueber den Austausch von Wirtschaftsnotizen.

Paris. Der Vorkonferenz des Völkerbundsausschusses des Arbeitsamtes des Völkerbundes Fontaine, der Mitglied des am Sonntag in Luxemburg gegründeten deutsch-französischen Ausschusses ist, dessen Aufgabe darin besteht, die Wirtschaftsnotizen beider Länder mit objektiven Nachrichten zu versehen, erklärte dem Genfer Vertreter der Agence Havas, ob seine Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland durch tendenziöse oder unkontrollierbare Nachrichten gestört worden. Die Gründer der Vereinigung seien der Ansicht, das beste Mittel, um Reibungen zwischen den beiden Nachbarländern zu vermeiden, sei die mit richtigen Nachrichten über die Lage zu versehen. Man habe nicht die Absicht, die offiziellen politischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu verändern; das Ziel, das man sich gesetzt habe, sei beschreibend und praktisch: es werde in Paris und Berlin ein Büro errichtet. Ein Deutscher leitete das Büro in Paris und ein Franzose das in Berlin. Jedes dieser Büros werde sich in enger Fühlung mit der öffentlichen Meinung der beiden Länder halten.

Polnisches aus Oberschlesien.

Die Lage in der einst polnischen Provinz Oberschlesien gestaltet sich immer katastrophaler. Die verarmte Lage in Barchau gestaltet es der Regierung nicht, sich allzu sehr mit der wirtschaftlichen Krise zu befassen, die gerade in Oberschlesien nahezu untragbar geworden ist. In den letzten Wochen ist die Zahl der Arbeitslosen ins Ungeheure gestiegen. Arbeitslosenunterstützungen werden zwar gewährt, aber es werden nur an solche ausbezahlt, die nicht für Deutschland optiert haben. Wie tristenhaft die Lage geworden ist, ergibt sich daraus, daß allein im Monat April sich auf dem nur 1 Million umfassenden Gebiet 78 Selbstmorde ereignet haben, davon 58 von Arbeitslosen. Es wird auch bekannt, daß die Rote der Anarchie in Oberschlesien unmittelbar vor dem Zusammenbruch steht. Rückfälle sind nicht zu erwarten. Man beachte, daß die Großindustrie allein der Klasse 14 Millionen Pfund schuldet. Die Schuld kann nicht beglichen werden, da die Großindustrie zahlungsunfähig ist. So die heutigen Verhältnisse in der einst blühenden, reichen und wirtschaftlich gesunden deutschen Provinz Oberschlesien.

Die Ansprache Thomas auf der Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf. Auf der Internationalen Arbeitskonferenz wurde am Mittwoch die Ansprache über den Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes zu Ende geführt. Zum Schluß der Debatte hielt der Direktor des Arbeitsamtes Albert Thomas als Leiter der 37 Diskussionsredner seine Ansprache. Wie auf jeder Konferenz wäre auch auf dieser scharfe Kritik an der verhältnismäßig geringen Zahl der von den Regierungen ratifizierten Konventionen geäußert worden. Tatsächlich seien bisher 199 Konventionen ratifiziert worden; es müßten aber schon 800 ratifiziert sein. Die wichtigste aller Konventionen sei zweifellos diejenige über den Achtstundentag, die bisher von 9 Staaten ratifiziert worden sei. Diese Konvention sei auf befristete Kritik gestochen.

Thomas ging dann auf die Entstehung des Washingtoner Abkommens ein. In Frankreich ist dieses Abkommen bereits im Senat beraten worden. Auch in der belgischen Kammer hätten die Verhandlungen schon begonnen. In Deutschland werde die neue Sozialgesetzgebung in Uebereinstimmung mit dem Washingtoner Abkommen gebracht. Obwohl England infolge seiner schwierigen Wirtschaftslage noch keine entscheidenden Beschlüsse habe fassen können,

werde das Gesetz zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens dennoch in absehbarer Zeit dem Parlament vorgelegt werden. Thomas wies darauf hin, daß eine so tief eingreifende soziale und wirtschaftliche Umgestaltung, wie sie der Achtstundentag bedeute, nicht im Laufe weniger Jahre erreicht werden könne. Thomas wies sodann auf die große Bedeutung des Internationalen Arbeitsamtes hin, dessen Einfluß unverkennbar in der sozialen Gesetzgebung der Staaten zu spüren sei. Heute könne keine Regierung sich der Notwendigkeit der Ratifizierung der von den Arbeitskonferenzen angenommenen Konventionen entziehen und hierin liege der große Erfolg der internationalen Organisation der Arbeit.

Staatsminister a. D. von Berlepsch gestorben.

Erfurt. (Frankfurt.) Staatsminister a. D. Freiherr von Berlepsch ist auf Schloß Seebach unerwartet verstorben. Er war einer der letzten Minister der Bismarckischen Ära und hat lange Jahre an der Spitze des Vereins für soziale Reform gestanden.

Klag zum "Putsch"-Bericht des Berliner Polizeipräsidenten.

Berlin, 1. Juni. Justizrat Klag hat an den preussischen Minister des Innern, Seewering, ein Schreiben gerichtet zur Ergänzung dessen, was bisher die von der Abt. 18 des Berliner Polizeipräsidenten vorbreiteter Offensivität grundlos des Hochverrats Beschuldigten gegen das Verfahren der politischen Polizei und des amtlichen preussischen Pressebüros vorgebracht haben. Er erklärt darin, daß die amtliche Auskunft des Referenten der Abt. 18, Herr Dr. Schmidt, Dr. Klag habe bei allen Putsch, auch beim Rapp-Putsch, die Hand im Spiele gehabt, der Wahrheit widerspricht, und fragt, woher die Abt. 18 diese falschen Nachrichten habe, und wie es ihre Beamten mit ihrem Gewissen vereinbaren können, eine solche Unwahrheit weiteranzuverbreiten, die für jeden, der in der Zeitgeschichte einigermaßen zu Hause ist, als solche bekannt sein sollte.

In dem Schreiben heißt es weiter: Damit nicht genug. In dem zusammenfassenden Bericht der Abt. 18 vom 12. Mai über den angeblichen Putschplan legt derselbe Herr Dr. Schmidt die Auffassung seiner Behörde über das bisherige Ergebnis der Ermittlungen dar. Das darin über die Ausführung des geplanten Unternehmens "erzählt" ist, stellt eine solche Fälschung von leicht erkennbaren Unmöglichkeiten dar, daß schwer begreiflich ist, wie die politische Polizei solche Nachrichten als brauchbar ansehen und darauf ihr Vorgehen aufbauen konnte. Den Gipfel der Unethiklosigkeit und der Unverantwortlichkeit erreicht der Bericht des genannten Referenten mit der Behauptung: "Die Polizei sollen mit konservativen Kreisen Englands, insbesondere mit dem Minister Churchill, nahe Beziehungen pflegen, und es sollen aus Kreisen der englischen Krone im finanziellen Interesse laufende Geldmittel zur Unterstützung des Plasses fließen."

Die "Kreise", d. h. außer mir die im Bericht vorher genannten Herren, deren reine und unanfechtbare Namen ich vermeide, in solchem Zusammenhang zu nennen, solche Männer im landesväterlichen Sinne mit dem Feinde wider die bürgerliche Regierung ihres Vaterlandes! Das sind das für Menschen, die der politischen Polizei so etwas melden! Dafür müssen diese Spitzel die Beamten der Abteilung 1A halten, daß sie so etwas zu melden wagen! Endlich: Wie mangelhaft vorbereitet für ihre verantwortungsvollen Aufgaben, wie unethisch müssen Beamte sein, die Perzentials nicht nur gläubig hinnehmen, sondern amtlich vermerken!

Dr. Klag beantragt, augenblicklich in die seine Person betreffenden Akten der politischen Polizei Einsicht nehmen zu dürfen, damit er den Unwahrheiten, die darin über ihn niedergelegt sein müssen, auf den Grund gehen und mit ihnen aufräumen kann, und fährt fort: "Sie können, auch wenn es sich um schärfste politische Gegner handelt, nicht wollen, daß die Abteilung 1A eine Sammelstelle falscher Nachrichten bleibt, in wichtigen Fällen offenbar sogar ein Opfer von Betrügnern, die sie mit Erfindungen oder Entstellungen speisen! Gegen den Herr Dr. Schmidt beantragt Dr. Klag endlich die Eröffnung des Disziplinarverfahrens wegen Erteilung wahrheitswidriger amtlicher Auskunft hinsichtlich seiner, des Dr. Klag, angeblichen Beteiligung an früheren Putsch, besonders am Rapp-Putsch, und wegen der, aller Grundlagen entbehrenden, also dienstwidrigen Verdächtigungen unantastbarer Männer durch die Behauptung landesväterlicher Verbindungen mit England."

Bereizte Stimmung gegen Abd el Krim in Frankreich.

Paris. Der französische Ministerpräsident hatte am Mittwoch eine lange Unterredung mit dem spanischen Botschafter De Beon. Die Unterhaltung bezog sich auf die Grenzfestsetzung in Marokko. Beide Regierungen planen die Einsetzung einer gemischten Kommission, die an Ort und Stelle die Modalitäten der Grenzführung regeln wird. Es ist auch die Rede davon, daß diese Kommission sogar die Entscheidung über das Schicksal Abd el Krims treffen soll. Botschafter wird Abd el Krim in Paris verbleiben. Die Stimmung der französischen Öffentlichkeit gegen Abd el Krim wird zusehends gereizter. Es wird behauptet, daß einige Wochen vor der Kapitulation spanische Soldaten, Eingeborene und französische Gendarmen in großer Zahl erschossen worden seien. Wenn dafür einwandfreie Beweise erbracht werden könnten, so sei es nicht ausgeschlossen, daß Abd el Krim vor ein Kriegsgericht gestellt werde.